

Einzelpreis 400 Mark.

Bezugspreis monatlich:
zu der Geschäftsstelle 9.000.— M.
Durch Zeitungsboten 10.000.—
die Post 10.000.—
Ausland 15.000.—

Redaktion und Geschäftsstelle:
Lobj, Petrikauer Straße 86.
Telephon Nr. 6-88.
Postfachkonto 60.689.

annoncierte werden nur nach vorheriger
Vereinbarung gezahlt. Unverlangt ein-
geschickte Manuskripte werden nicht auf-
bewahrt.

2021er

Freie Presse

Verbreitet die deutsche Tageszeitung in Polen.

Porto pauschal.

Ersteinst mit Ausnahme der neu
Sonntagen folgenden Tage frühmorgens

Anzeigenpreise:

Die 7-gesp. Nonpareillezeile 400 M.
Die 3-gesp. Reklame (Nonp.) 1.500
Eingelands im lokalen Teile 2.000
Arbeitsuchende besondere Bedingungen
Anzeigen an Sonn- und Feiertagen
werden mit 25% Zuschlag berechnet.
Auslandsinstitute 30% Zuschlag.

Bei Betriebsstörung durch höhere Ge-
walt, Arbeitsniederlegung oder Aus-
sperung hat der Bezieher keinen An-
spruch auf Nachlieferung der Zeitung
oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 37

Dienstag, den 13. Februar 1923

6. Jahrgang.

Vor ernststen Ereignissen im Orient.

London, 12. Februar. (Nat.) Den letzten Nachrichten zufolge, hat sich die Lage in An-gora zugespitzt, da die Extremen mit aller Entschiedenheit die sofortige Aufhebung des Mudania-Vertrages fordern. General Harrington wird noch versuchen, Ismid-Pascha zur Unterzeichnung des Friedensvertrages zu bewegen. Angesichts dessen, daß die Mitglieder der Nationalversammlung allem Anscheine nach gegen eine alsbaldige Unterzeichnung des Vertrages sind und die Stellung Ismid-Paschas außerdem er-schwert ist, erscheint es sehr zweifelhaft, ob die Bemühungen von Erfolg gekrönt sein werden. Die plötzliche Abreise des Sowjetver-treters Awałow von Konstantinopel nach An-gora verspricht gleichfalls nichts Gutes.

London, 12. Februar. (Nat.) Wie aus Konstan-tinopel gemeldet wird, sind die Häfen von Smyrna und Samos immer noch abgesperrt. In An-gora herrscht weiterhin Unruhe. Ein bedeutender Teil der Mitglieder der Nationalversammlung besteht auf der Forderung, daß die Bestimmungen des An-gorauer Nationalvertrages vollständig in die Wirksamkeit umgesetzt werden.

London, 11. Februar. (Nat.) Die Türken haben an der Einfahrt zum Smyrner Hafen neue Minen gelegt.

London, 12. Februar. (Nat.) Wie das Reuters-Büro meldet, haben die Türken den Verbänden ein neues Ultimatum gestellt, in dem die Verbände erneut aufgefordert werden, den Hafen von Smyrna im Laufe von drei Tagen zu verlassen.

Die Praktiken der Franzosen im Ruhrgebiet.

Paris, 12. Februar. (Nat.) Heute vormittag hielt Poincaré eine Besprechung mit General Degoutte ab, in der die Anwendung der letzten französisch-belgischen Verordnungen im besetzten Gebiet erörtert wurde. Abends reist General Degoutte nach Düssel-dorf zur.

Paris, 11. Februar. (Nat.) Dem deutschen Bot-schafter in Paris wurde eine Note eingehändigt, in der den deutschen Ministern die Einreise ins Ruhr-gebiet untersagt wird.

Düsseldorf, 11. Februar. (Nat.) Tazsar ver-hängte Deutschland von dem Ausfuhrverbot für metallurgische und andere auf fabriks-mäßigen Wege hergestellte Erzeugnisse aus dem besetzten Gebiet nach dem übrigen Deutschland. Dieses Verbot tritt am 12. d. M. in Kraft.

Paris, 12. Februar. (Nat.) Das im gegenseitigen Einverständnis der französischen und belgischen Regierung veröffentlichte Ausfuhrverbot für Erzeugnisse der Metallindustrie nach dem unbesetzten deutschen Reichsgebiet wird als Strafmaßnahme gegen die deutsche Reichsregierung bezeichnet, welche letztere die Arbeiter und Beamten im besetzten Gebiet zum Widerstand gegen die Besatzungsbehörden aufgefordert hatte. Diese neue Strafmaßnahme stellt einen Teil des Programms der Sanctionen dar, die vor 10 Tagen von beiden Regierungen der französischen und belgischen im gegenseitigen Einverständnis beschlossen worden waren.

Berlin, 12. Februar. (Nat.) In Trier wurden 200 Millionen Mark beschlagnahmt, die in einer der dortigen Banken zur Auszahlung an die Streikenden hinterlegt worden waren.

Düsseldorf, 12. Februar. (Nat.) 12 Polizei-beamte, welche den französischen Offizieren den militärischen Gruß verweigert hatten, wurden verhaftet.

Düsseldorf, 12. Februar. (Nat.) Die Aus-meißung widergesetzlicher Beamten dauert weiter an. Bezüglich wurde der neue Direktor der Post- und Telephonämtes in Düsseldorf ausgewiesen.

Bordeaux, 11. Februar. (A. B.) Dem türkischen Hafenkommandanten wurden 3 Protestnoten ein-gehändigt. Die erste überreichte der Admiral der Ver-bündeten Mächte, die zweite der Kommandant des amerikanischen Kriegsschiffes und die dritte der Kommandant des holländischen Kreuzers.

Berlin, 11. Februar. (A. B.) Im Hafen von Smyrna befinden sich folgende Kriegsschiffe der Alliierten: Der französische Kreuzer „Ernest Renan“, (13 000 Tonnen), der Kreuzer „Calisto“, das Torpedoboot „Somali“ (800 Tonnen) und das Kanonenboot „Debal-ganese“ (400 Tonnen). Engländer ist der Kreuzer „Cambrian“ (5600 Tonnen) anwesend. Die Ver-einigten Staaten haben in Smyrna große Torpedo-boote vor Anker liegen. Italien repräsentiert ein Kreuzer. Holland sandte nach Smyrna den Kreuzer „Admiral Tromp“.

Sibzartar, 11. Februar. (Nat.) Das englische Regiment erhielt den Befehl, sich zur Abreise nach Kon-stantinopel bereitzustellen.

Das Gespenst neuer Kriege.

Katowice über die Weltlage.

Berlin, 12. Februar. (Nat.) Meldungen aus Neval zufolge, hielt der Vorgesetzte des ukrainischen Volk-sungswachstums Katowice in Moskau eine Rede, in der er die internationale Lage vom Standpunkt der russischen Standpunkte aus darlegte. Katowice führte u. a. aus: „Wir haben vier Kriegsherde vor uns: das Ruhrgebiet, Ungarn, den Balkan und vor allen Dingen die Türkei. Rußland kann nicht warten, bis die Gefahr an seine Grenzen herantritt, es muß ent-sprechende Maßnahmen treffen. Deswegen macht der Zentralvolkskongress in seinem Aufruf mit vollem Rechte auf die Sowjetrußland drohenden Gefahren auf-merksam. Die Ereignisse im Ruhrgebiet lehren uns, daß wir uns weiterhin in Bereitschaft halten müssen.“

Wien, 12. Februar. (A. B.) Aus Offen wird berichtet, daß neuerdings 14 Bergwerksdirek-toren verhaftet wurden.

Düsseldorf, 11. Februar. (Nat.) Der Verkehr der internationalen, der Lebensmittel- und der täglichen Perso-nen-züge geht im besetzten Gebiet regelmäßig vor sich, wobei die Züge von französischen und belgischen Eisenbahnen bedient werden.

Berlin, 12. Februar. (Nat.) Heute hat eine Sitzung des deutschen Kabinetts zur Besprechung der letzten fran-zösischen Note stattgefunden, in der den Mitgliedern der deut-schen Regierung die Einreise in das Ruhrgebiet verboten wird. Die deutsche Regierung be-trachtet die Note als eine Verletzung der Oberhoheit Deutsch-lands und des internationalen Rechts. Es ist möglich, daß sich die Reichsregierung in dieser Angelegenheit an das Schiedsgericht im Haag wenden wird.

Beförderung polnischer Arbeiter nach Frankreich.

Zu der „Danz. Ztg.“ lesen wir: Zu unserer Notiz über die Beförderung polnischer Arbeiter durch den fran-zösischen Dampfer „Pologne“ ging uns von der Presse-felle des Senats folgende Mitteilung zu: Nach einer offiziellen, mündlichen Mitteilung des französischen Konsuls an den Präsidenten des Senats sind die polnischen Arbei-ter nicht für das Ruhrgebiet, sondern für die Berg-werke des nördlichen Frankreichs bestimmt. Es handelt sich dabei um eine bereits seit drei Jahren in Polen bestehende offizielle Einrichtung der Bergwerksab-teilung des französischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, die planmäßig polnische Arbeiter für die nord-französischen Bergwerke anwerbe. Der Transport dieser Arbeiter von Polen nach Frankreich sei bisher mit der Eisenbahn auf dem Wege über Deutschland geschehen. Auf Veranlassung des deutschen Konsuls in Polen sei ge-antwortet worden, daß dieser Weg Abstand genommen und der Transport über Danzig auf dem Seewege geleitet.

Der vierte Raubkrieg.

Es gibt auf der Erde verschiedene Völker, bei denen gewisse Begriffe zur Tradition geworden sind, zu einer Ueberlieferung, die sich von den Geschlechtern entwandener Jahrhunderte bis auf die heutigen Tage fortgepflanzt hat. So hört man von einer traditionellen Toleranz des pol-nischen Volkes (wovon leider in letzter Zeit nicht viel zu merken ist), von einem traditionellen Konservatismus des Engländer usw. In Frankreich scheint eine besondere Art von Politik traditionell geworden zu sein, die da heißt, wie man sein Defizitum auf Kosten eines augenblicklich gelähmten Nachbarn ver-größert.

Es war im Jahre 1667, als Ludwig der XIV. in die spanischen Niederlande (das heutige Belgien) einbrach und den sogenannten ersten Raubkrieg gegen den Westen Deutschlands eröffnete. Deutschland war erst im Begriff, sich von den entsetzlichen Folgen des 30-jährigen Krieges zu erholen, und noch war die wirt-schaftliche, politische und geistige Zerrüttung zu groß, als daß es sich hätte zur Wehr setzen können. Ludwig XIV. schickte 12 niederländische Grenzpläne ein.

Nach 4-jähriger „Friedenszeit“ zog er in einem zweiten Raubkrieg gegen Holland (1672 bis 1678/79), das sich bei ihm verhasst gemacht hatte, weil es sich im ersten Raubkrieg seiner Politik widersetzt. Und der Erfolg: Frankreich wurde um die damals zu Spanien gehörige Provinz Flandern-Comté und mehrere nieder-ländische Festungen bereichert.

Man sollte man annehmen, daß Ludwig XIV. auf seinen Vorhaben andrücken würde, aber er war krieg-slich, daß ihm die beiden ersten Unternehmungen so wenig eingebracht hatten und kann auf eine neue „Eroberungs-methode“. Er glaubte nämlich mit Hilfe seiner Ratgeber feststellen zu können, daß gewisse deutsche Gebiets-teile früher zu den Landesherrschaften gehörten hätten, die ihm in den letzten Friedensschlüssen abgetreten worden waren und er somit ein „Recht“ habe, sie mit seinem Königs-reiche wieder zu vereinigen. Das waren die sogenannten Reunitionen. So ließ er an 600 deutschen Ortschaften das französische Wappen aufschlagen und 1681 Straß-burg rauben.

Als dann endlich fast ganz Europa gegen diesen Friedensstörer rüstete, eröffnete er den dritten Raub-rieg (1688—1697), der mit einer barbarischen Ver-wüstung der Rheinpfalz begann. Mannheim, Heidel-berg, Worms, Speyer und Hunderts von Dörfern wurden niedergebrennt. Unter anderem wurde das prächtige Heidelberger Schloß zerstört, die Kaisergruft in Speyer aufgerissen und das Tolengebiet umhergekreut. Aber neue Vorteile hat es ihm nicht gebracht, nur behielt er beim Friedensschluß zahlreiche Reunitionen, vor allem Straßburg.

Nun schien es, als wären derartige politische Grund-sätze ins Reich der Vergangenheit verfallen. Der jüngen Generation war es vorbehalten, sie wieder nach mehr als 200-jähriger Ruhe zu neuem Leben zu erwecken. Nicht nur, daß man dem besetzten deutschen Volke einen Gewalt-frieden ohne gleichen aufgezungen hat, läßt man jetzt seine Truppen ins Ruhrgebiet einmarschieren, angeblich, um das zahlungsunfähige Deutschland zur Einhaltung der Verträgebedingungen zu zwingen, in Wirklichkeit aber, um die mehr wiederkehrende Gelegenheit auszunutzen, sich auf Kosten des ohnmächtigen Nachbarn zu bereichern. Ist dies nicht ein würdiges Glied in der Reihe von Raubkriegen und Reunitionen eines Ludwig XIV? Er hatte es „nur“ bis auf drei gebracht, nun füllt man sich veranlaßt, aus diesem kriminalistisch hochinteressanten Trio ein Quartett zu machen.

Man vergleiche seine Eroberungsmethoden mit denen der gegenwärtigen französischen Revolutionskrieger — wird man da nicht eine überraschende Ähnlichkeit finden? Er ließ das französische Wappen aufschlagen, Hunderte von Ortschaften niederbrennen, die Tolengebiete umherkreuzen — heute stellt man alle, die sich dem Frankreich widersetzen wollen, vor ein Kriegsgericht, treibt unter dem Schutze von Tanks und Maschinengewehren Raubzug an deutscher Rohle und deutschem Holz, trägt sich mit dem Plan der Errich-tung einer Zollgrenze, einer Rheinlandrepublik usw. Der „allerchristlichste“ Herrscher Europas ließ seine Truppen einfach in das zu besetzende Gebiet einmarschieren, man konnte offen sehen, wozu „lautere“ Absichten er verfolgte. Heute spricht man von „gebrochenen Friedensverträgen“, von „Sanctionen“ und macht unter dem Schutze des „Rechts“ hasse. Und das ist unter ansehnlicher Kul-turförderung!!!

„Ich glücklichweise bricht sich die Erkenntnis immer mehr Bahn, daß es nicht geht, aus Europa ein Abrücken zu machen. „Unrecht! Gut gedeihet nicht!“ sagt ein altes Sprichwort, das sich durch Jahrhunderte an allen Großen der Menschheit hat, und gewiß ist es, wer da verweilt, auf Blut, Tränen und Vermählungen von Millionen ein Imperium aufbauen zu können.“

Eugen Hein, Lodz.

Die deutsche Sozialdemokratie zur Ruhrbesetzung.

London, 11. Februar. (Nat.) Der deutsche sozialdemokratische Abgeordnete Breitscheid, der vorgestern hier angekommen ist, äußerte sich in einer Unterredung mit dem Berichterstatter der „Daily News“ über die Lage in der Ruhrgebiet wie folgt:

Unsere einzige Hoffnung ist eine Initiative von Seiten Englands oder Amerikas. Eine Vermittlung ist notwendig, doch befürchtet man, daß sie zu spät kommen könnte. Die gesamte sozialdemokratische Partei ist mit der deutschen Reichsregierung bezüglich des passiven Widerstandes gegen die französische militärische und karitative Politik einig. — Breitscheid erklärte am Schluß, daß er sich darüber klar sei, daß dieser Widerstand nicht bis ins Unendliche anhalten könne, ebenso daß mit Beginn der französisch-belgischen Aktion die sozialistische und kommunistische Agitation in Deutschland zurückgegangen sei. Die Frage, ob Deutschland zu Unterhandlungen auch dann bereit wäre, wenn die Franzosen sich noch im Ruhrgebiet befänden, verneinte er ganz entschieden und fügte hinzu, daß die deutschen Arbeiter eine Ablehnung erster Unterhandlungen nie zulassen würden. Breitscheid betonte jedoch, daß die Deutschen im gegenwärtigen Augenblick keine Unterhandlungen beginnen könnten, da die Franzosen diesbezügliche Vorschläge Deutschlands als ein Gefühl der Schwäche deutscher Seite auffassen würden.

Gegen die Parteibuchhandlungen in der Kirche.

Ein Brief an das polnisch-katholische Episkopat.

Im „Kriegs- und Vorkriegs“ veröffentlichten mit ein „Kreis polnischer Bürger“ unterzeichnete Personen einen offenen Brief an die polnischen Bischöfe und bitten alle wahrhaft polnischen Blätter um Nachdruck dieses Briefes.

Zu Beginn dieses Schreibens wird dem Entsetzen über die politischen „Trauerfeste“, die sich jetzt die Kirchen zum Spielplatz erwählt haben, Ausdruck verliehen. Die Kirchenbehörden werden angefragt, ob ihnen bekannt ist, was unter dem Mantelchen bombastisch angeführter Trauergottesdienste geschieht — diese Ständebald-Gottesdienste, bei denen sich Kämpfe um Chor, Gesang und für staatsfeindliche Sammlungen abspielen. Es heißt dann weiter:

„Ist es den höchsten kirchlichen Würdenträgern bekannt, zu welchem Zweck gegenwärtig die Gotteshäuser mißbraucht werden... Und wenn sie darüber informiert sind, sehen sie denn dabei nicht dieses augenscheinlich freimaurerische Treiben... das zur Trennung von Kirche und Staat und zur Herabsetzung und Verfall der römisch-katholischen Religion im Lande führt... Wird denn nicht endlich dem niederen Klerus die Annahme von Gaben zur Abhaltung von Gottesdiensten, die mit Religion nichts gemeinsam haben, verboten? ... Diese Gottesdienste sind ja gegen die Religion gerichtet, weil sie mittelbar die Sünde gegen das fünfte Gebot „Du sollst nicht töten“ verherrlichen. Ja, nicht nur die Sünde gegen das Gebot, sondern auch gegen die Ruhe im eigenen Vaterland. Wir wollen hoffen, daß diese Sache übersehen worden ist, und deshalb werden wir uns an das Episkopat mit der Bitte, diese alle wirklich religiösen Personen ärgenden Parteibuchhandlungen in der Kirche zu verbieten.“

Die oberste polnisch-katholische Geistlichkeit scheint sich bei in vorstehendem offenen Brief enthaltenen Mahnungen in Herzen genommen zu haben, wovon nachstehende Warschauer Meldung zeugt:

Das Komitee des polnischen Episkopats, das am Sonnabend in Warschau zum ersten Mal in diesem Jahre zusammengetreten ist, hält es für seine Pflicht die Gesellschaft darauf aufmerksam zu machen, daß es auf Grund der heiligen Schrift zwar angebracht ist, für die Seele der Verstorbenen zu beten, daß aber die Trauergottesdienste nicht zu Kundgebungen mißbraucht werden dürfen, die mit dem Heiligtum und den religiösen Gebrauchen in Widerspruch stehen. Wegen einer solchen Art von Kundgebungen — so heißt es in der Erklärung weiter — müssen wir von Seiten der Kirche und Religion Einspruch erheben, da sie zu einem Traos in den Ansichten über die christliche Moral führen können, die das Überstreifen der Gebote Gottes unter keinen Umständen gestattet.

Diese Erklärung ist unterzeichnet von: Kardinal Dalbor, Primas der Metropole Warschau, Kalowicki, Josef Teodorowicz, der Warschauer Erzbischof nach armenischem Ritus, Adam Sapieha, Bischof von Krakau, Zygmunt Kozmicki, Bischof von Posen, Marjan Sulman, Bischof von Lublin, Henryk Przysiecki, Bischof von Belz.

Eine „provisorische Regierung“ in Memel.

Paris, 12. Februar. (Nat.) Aus Romo wird berichtet, daß in Memel eine provisorische Regierung unter dem Vorsitz Gallus gebildet wurde, die sich aus Personen zusammensetzt, die an den letzten Vorfällen nicht teilgenommen haben. Diese Regierung hat eine Zusammenkunft der Führer der Aufständischen einberufen. Die aufständischen Truppen sind nach Litauen zurückgekehrt.

Sondor, 12. Februar. (N. W.). „Daily Telegraph“ unterrichtet, daß im Ultimatum der Verbündeten nicht gesagt war, daß die diplomatischen Beziehungen abgebrochen werden, wenn die litauische Regierung die Aufständischen nicht zurückziehen und im Laufe von 7 Tagen das „Erlösungsformel“ nicht auflösen sollte. In der Note sei einzig bemerkt worden, daß die Möglichkeit zum Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen gegeben sei, wenn sich Litauen den Forderungen der Verbündeten nicht anpassen sollte und daß diese Angelegenheit dem Völkerverbunde überwiesen werden soll.

Neue irische Kampfanzeige.

Dublin, 12. Februar. (Nat.) Die irischen Republikaner haben die Friedensvorsätze der Regierung des irischen Freistaates abgelehnt. Der Chef des Generalstabes der republikanischen Armee veröffentlichte eine Proklamation, in der er erklärt, daß der Krieg bis zur Erlangung der Unabhängigkeit Irlands weitergeführt werden wird.

Eine englische Anleihe für Oesterreich.

Wien, 12. Februar. (Nat.) Wie die Blätter melden, wurden die Verhandlungen bezüglich einer englischen Anleihe für Oesterreich in der Höhe von 3 1/2 Millionen Pfund Sterling beendet. Es ist nur noch das Einverständnis der anderen Staaten einzuholen.

Krisengerüchte aus Bulgarien.

London, 12. Februar. (Nat.) In maßgebenden englischen Kreisen haben die Ereignisse in Bulgarien, wo es innerhalb der Regierungspartei zu einer Spaltung gekommen droht, großes Aufsehen erregt. Die Hälfte der bisherigen Anhänger Samuilskis beabsichtigt zu den mazedonischen Nationalen und Terroristen überzugehen.

Parlamentsnachrichten.

Sejm.

Sitzung vom 12. Februar.

Einige Gesetzentwürfe werden den entsprechenden Kommissionen überwiesen. Man schreitet darauf zum Gesetz über den Obersten Verwaltungsgesichtshof.

Der Antrag, im 11. Artikel die Forderung wiederherzustellen, daß wenigstens die Hälfte der Mitglieder des Tribunals eine höhere Schulbildung genießen haben muß, wird abgelehnt und das Gesetz in dritter Lesung angenommen.

Abg. Pyzla referiert im Namen der Finanzkommission, daß Gesetz über die Bevollmächtigung des Finanzministers zur Regelung der Verordnungen hinsichtlich des Geldeumschlags mit dem Auslande und dem Umlauf mit fremden Währungen. Im Regierungsentwurf hat die Kommission den Termin der Bevollmächtigung des Ministers abgeändert und zwar statt bis Ende 1923, bis Ende März 1924.

Die Straßsanctionen wurden verschärft, die Straßen von 10 Millionen bis 100 Millionen erhöht und von 5 Millionen auf 50 Millionen. Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Man geht zum Exposé des Außenministers über.

Abg. Marjan Sapka (Nationaler Volksverband) ist mit der Behauptung, als ob die Grundzüge der polnischen Außenpolitik absolute Dogmen wären, nicht einverstanden. „Wir uns gebe es auch heute noch keine volle und beherrschende Einigkeit. Es muß etwas gesagt werden, daß vielleicht schroff klingen mag: Wenn die Wiederherstellung eines unabhängigen Polen nicht im Interesse der Sicherung des Friedens durch Herstellung des europäischen Gleichgewichts liegen würde, dann wäre Polen aus dem Weltkriege nicht geboren worden. Die Selbständigkeit in der Entscheidung über weiterer Angelegenheiten, z. B. mit der Waffe in der Hand ist durchaus kein Imperialismus (Anmerk. d. Schriftst.) Die Demokratie in der internationalen Politik führt mitunter zu mit den Grundgedanken der Demokratie in Widerspruch stehenden Ergebnissen. Polen wird zur Vermehrung seiner Macht, Festigung der inneren Beziehungen und Hebung seines Ansehens nach außen beitragen. Die Gesellschaft (Anm. d. Schriftst.) verfolgt mit Aufmerksamkeit die Ankündigungen Frankreichs im Ruhrgebiet. Polen steht in diesen Vorfällen ein großes Werk, daß Europa den Frieden garantiert und solidarisiert sich mit Frankreich. In Bezug auf die Angelegenheiten Mittel- und Osteuropas ist es zu wenig, wenn wir hören, daß wir gutnachbarliche Beziehungen unterhalten sollen. Grundsätzlich der Dresdener Verhandlungen ist die öffentliche Meinung durch die Entwicklung der

Angelegenheit der Kolonisten im ehemaligen preussischen Teilgebiet beunruhigt. Die Angelegenheit der Equidierung der deutschen Güter hat für die Sicherheit des Staates große Bedeutung. Die Angelegenheit Memels wird im Westen nicht recht eingeschätzt, man will sie nur irgendwie liquidieren. Bei der Lösung dieser Frage muß Polen die volle Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen und politischen Rechte fordern. Herr Strassni hat die Tschechoslowakei nicht erwähnt. Alle bestehenden Hindernisse müßten schwinden, wenn die Tamarzyna-Frage auf gerechte Weise beseitigt würde. (Beifall in der gesamten Kammer). Der Erfolg Polens in der Auslandspolitik hängt von einer beständigen politischen parlamentarischen Mehrheit ab.

Abg. Dembski (P. S. S.) erklärt, die Unabhängigkeit Polens sei 7 Monate vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages entstanden. Zu den Fehlern des Versailleser Vertrages müssen auch die Volksabstimmungen in Ermeland und Mazarien gezählt werden, sowie die Erledigung der Angelegenheit Danzigs, daß im ersten Entwurf Polen zugesprochen worden ist. Die Angelegenheit der unerledigten Grenzen Polens ist für uns sehr wichtig und ich wünsche, daß dies die verbündeten Staaten, besonders Frankreich, verstehen möchten. Die Garantieverträge sind keine Fundamente des Friedens, sondern ein Bündnis von starker Verantwortlichkeit. Polen liegt zwischen zwei Mächten, bei denen früher oder später der Appetit geweckt werden könnte, Polen ihre ehemaligen Gebiete wieder abzunehmen. Litauens politische Bedeutung liegt darin, daß es der Schlüssel der Ostsee und die Brücke für die feindlichen Absichten ist. Die Angelegenheit Memels ist für Polen besonders wichtig, weil es sich um einen Hafen für das ganze Gebiet der Republik handelt. Nehmer bittet um Annahme folgender Resolution: Der Rigauer Vertrag vom 18. März 1921 hat die Grenzen zwischen Polen, Litauen, der Ukraine und Weißrußland endgültig festgelegt. Die Frage der Zugehörigkeit des Wilnaer Landes zur Republik Polen ist durch den Willen der örtlichen Bevölkerung entschieden worden. Da es an einer formellen Erklärung unserer östlichen Grenze durch die verbündeten Mächte fehlt, ist dieser Umstand den dem Frieden und den abgeschlossenen Verträgen feindlichen Elementen die Möglichkeit, Verwirrungen hervorzurufen. Der Sejm ist der Ansicht, daß die schnellste Beseitigung aller Zweifel in dieser Beziehung eine unumkehrliche politische und wirtschaftliche Notwendigkeit und die oberste Forderung eines allgemeinen Friedens ist. Auf dem Standpunkte stehen, daß Memel für die wirtschaftlichen und politischen Interessen Polens eine erfüllbare Bedeutung zukommt, fordert der Sejm die Regierung zur energiegelassensten Aktion in dieser Richtung auf, damit die Angelegenheiten Polens mit der vollen Nutznießung des Hafens von Memel garantiert werden. (Schluß folgt).

Philatelistische Ecke.

Polen. Die 20 Mark-Werte rotbraun erschienen in Ausgabe von 25 1/2 zu 21 mm. Die frühere Marke wies die Maße 28 zu 22 mm auf.

Litauen. Als neuer Wert der Samuellerie ist zu nennen: 8 Unikat schwarz und grün.

Memel. Neue Werte: 10 Mark auf 10 Centimes grün. 20 Mark auf 20 Centimes braunrot, ferner eine Marke zu 2 Mark auf 1 Frank lila und gelb.

Oesterreich. Die fünf Flugpostwerte sind in zweierlei Ausführung erschienen: 1. Buchdruck 300 Kronen lila, 600 Kronen alt. 900 Kronen rotbraun, 2. Kupferdruck: 2400 Kronen dunkelblau, 1200 Kronen dunkelviolett.

Schweiz. Mit dem Ueberdruck: „Société des Nations“ erschien ferner noch: 20 Cent lila auf lila.

Italienische Levante. Zwei Marken mit Zola-Ausdruck sind in Konstantinopel erschienen: 30 Para auf 3 Centimes rotbraun, 5400 Stück, 1/0 Wasser auf 20 Centimes orange. 39 000 Stück, letztere mit dem Ueberdruck „piastre“.

Monaco. Mit einer Stadtaufsicht erschien die Marke zu 10 Francs karmin. Gleichzeitig wurden Marken von 891—1921 mit einem neuen Wertendruck versehen: 20 Centimes auf 15 Centimes grün und 50 Centimes auf 1 Frank schwarz auf gelb.

Niederlande. Im Typ von 1881 erschien in einfarbiger Ausführung: 30 Cent blaßblau.

Schweden. Neue Werte: 35 Öre grün, 45 Öre schwarzbraun.

Normegen. In der neuen Zeichnung wird uns gemeldet: 20 Öre violett.

Franz Indo-China. Die Marken für französische Hinterindien sind in neuer Gestaltung vollständig erschienen und zwar von 1, C bis 2 Francs. Damit wird ein Teil der bisherigen Ueberdrucke ausgehakt.

Siam. Im Anschluß an die Wabeller Bestimmungen erscheint in neuer Farbe 25 Satang dunkelblau.

Ägypten. Die 15 Milleme Marken blau erschienen mit einem neuen Schriftband in der linken und rechten Reihenfolge. Da die Marken mit dem Bild König Fuad I erst für 1923 zu erwarten sind, so wurden zunächst die alten Marken der Ausgabe 1911—1922 mit einem von links unten nach rechts oben schräg verlaufenden Ueberdruck in arabischen Schriftzeichen versehen. Es sind das die Werte von 1 Million bis 200 Millionen bei den Freimarken und 2 bis 10 Millionen bei den Nachpostmarken.

Gambia. Die britische Kolonie Gambia bringt eine neue Markenreihe 1/2 Pence bis 10 Schilling zur Ausgabe. Die kleinen Werte enthalten ein Landschaftsbild mit einem Elefanten und einer Palme. Das Bild des Königs in der linken Ecke ist rechtsseitig angebracht. Die höheren Werte im großen Format tragen das Wappen mit dem Bild des Königs in einer Landschaft, die symmetrisch herum komponiert ist. Die Wasserzeichen sind wieder sehr verschieden.

Mozambique. Marken im Typ 1913 mit schwarzer Währung und Landes-Wappen: 15 Centavos braunrot, 60 Centavos dunkelblau, 80 Centavos rosa, 2 Escudo dunkelblau.

Der Weg der ordentlichen Gesetzgebung nach polnischem Verfassungsrecht.

Von

Berns Hans Lombard, a. St. Berlin.

(Für die „F. P.“ geschrieben.)

Die Ereignisse der letzten Monate des vergangenen Jahres sind neben ihrer tiefgreifenden politischen Bedeutung für die inneren Verhältnisse Polens auch in staatsrechtlicher Beziehung von größter Wichtigkeit. Durch die Schaffung der höchsten Staatsorgane auf Grundlage der neuen Verfassung ist diese selbst in ihren wesentlichen Bestimmungen festgelegt, lebendiges Recht geworden, und damit die rechtliche Entwicklung des polnischen Staatswesens aus dem bisherigen Entwicklungsstadium auf eine klar umschriebene, höherliegenden Entwicklungsstufe auf eine klar umschriebene, neuzeitlichen Forderungen angepasste Basis getreten. Die Staatsgewalt ist in ihren drei Hauptfunktionen, der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, deren im Art. 2 so scharf bestimmte Trennung durchaus nicht streng durchgeführt wird, in die von der Verfassung gesetzten Schranken geschlossen und an ihre Richtlinien gebunden. In ganz besonderem Maße gilt dies für die Gesetzgebung, die nach modernen Anschauungen die rechtliche Grundlage für jede Betätigung der öffentlichen Gewalt zu schaffen hat und deshalb überall der Mittelpunkt staatlichen Lebens ist. Der Weg der Gesetzgebung, oder die Art und Weise, wie sie ihre hauptsächlichste Aufgabe — die Herstellung von Gesetzen — erfüllt, erscheint äußerlich als ein einheitlicher Akt, die juristische Betrachtung jedoch erkennt in ihr eine Reihe aufeinanderfolgender Stufen, die sowohl in ihrer relativen Bedeutung als auch in Bezug auf die in ihnen tätig werdenden Organe wesentliche Verschiedenheiten aufweisen.

Um den Gesetzgebungsapparat, von dem der zweite Teil (Art. 5—58) der Verfassung handelt, in Tätigkeit zu setzen, bedarf es eines Anstoßes, der sog. „Initiative“. Laut Art. 10 steht sie dem Sejm und, was besonders praktisch von noch größerer Wichtigkeit sein wird, der Regierung zu, die schon wegen ihrer in der Verwaltung erworbenen Sachkunde die Notwendigkeit und den Inhalt der gesetzlichen Regelung einer Angelegenheit zu beurteilen am besten in der Lage ist. Dagegen kann ein Gesetzesvorschlag unmittelbar nicht ausgehen

1. vom Senat;

2. vom Staatspräsidenten;

3. vom Volke selbst, wie dies in manchen neuen Verfassungen europäischer Staaten vorgesehen ist.

Die im Art. 68 vorgesehenen Kompetenzen der „militärischen Selbstverwaltung“ auf dem Gebiete der Gesetzgebung sind späterer Regelung vorbehalten.

Die eigentliche Tätigkeit der Legislativorgane beginnt bei der nun folgenden Feststellung des Gesetzesinhalts, der schon wegen ihrer notwendigen zeitlichen Dauer nach außen dem öffentlichen hervortretenden Phase der Gesetzgebung, die auch in der politischen Verfassung eine eingehende Regelung erfährt (Art. 2, 27, 28, 29, 30, 35). Eigenschaftswort werden jedoch viele wichtige Fragen den Geschäftsordnungen des Sejms bezgl. Senats vorbehalten. Zwei Fälle, ein für das Schicksal eines Gesetzesvorschlags günstiger und ein ungünstiger, werden im Art. 35 vor allem ins Auge gefaßt.

1. Der Senat erhebt gegen die vom Sejm beschlossene und ihm zugestellte Fassung des Entwurfs innerhalb von 30 Tagen keinen Widerspruch, oder, was rechtlich auf dasselbe hinausläuft und insoweit ebenfalls zutrifft, erklärt ausdrücklich seine Zustimmung.

Der Senat beschließt den Entwurf abzuändern oder ganz abzulehnen. Im ersten Falle muß er dem Sejm innerhalb von 30 Tagen Kenntnis geben und innerhalb weiterer 30 Tage konkrete Vorschläge übermitteln. Diese

haben in der nun folgenden neuerlichen Beratung vom Sejm mit einfacher Mehrheit angenommen werden, während zu ihrer Ablehnung eine qualifizierte Majorität (2/3) notwendig ist.

Ob nun diese Bestimmungen auch dann Platz greifen, wenn der Senat einen Gesetzesentwurf als Ganzem ablehnend gegenübersteht, ob also der Sejm mit 2/3 Stimmenmehrheit seine Beschlüsse gegen den Willen der ersten Kammer zu endgültigen machen könne, ist zweifelhaft, da die Verfassung zu diesem Punkte schweigt (ein diesbezüglicher Nachweis ist bei der zweiten Lesung gescheitert worden). Von Vertretern der staatsrechtlichen Theorie wird die Streitfrage, die zu großen Verwicklungen politischer Art Anlaß geben kann, je nach ihrer grundsätzlichen Einstellung zu dem gegenseitigen Verhältnis der beiden Kammern und ihrer Rolle bei der Gesetzgebung verschieden beantwortet.

Dagegen geht sowohl aus dem Typus der Verfassung, als dem einer demokratischen, repräsentativen Präsidialrepublik, wie auch aus den einschlägigen Bestimmungen klar hervor, daß weder Staatspräsident noch Regierung formell in irgend einer Weise an der Feststellung des Gesetzesinhalts Anteil haben, möge ihr tatsächlicher Einfluß noch so bedeutend sein.

Dies trifft, entgegen zahlreichen irrigen Ansichten, in noch weit stärkerem Maße, bei dem zweiten und wichtigsten Stadium der Gesetzgebung, der sog. „Sanktion“, zu. In dem bisher nur aus den einzelnen Rechtsregeln gebildeten Entwurf tritt als zweiter, wesentlicher Bestandteil eines jeden Gesetzes, die förmliche Anordnung, der Befehl an die ihm Unterworfenen, sich seinem Inhalt gemäß zu verhalten. Während der Entwurf als solcher bisher nur für die beteiligten Exekutivorgane rechtliche Geltung hatte und nach den für ihre interne Geschäftsabwicklung maßgebenden Bestimmungen abgeändert, aufgeschoben, niedergelegt werden konnte, tritt er durch die Sanktion als Gesetz rechtlich in Erscheinung, bedarf allerdings zur vollen Wirksamkeit nach außen noch einiger weiterer Akte. Jede nachträgliche Änderung müßte also bereits nach den für Gesetzesänderungen geltenden Vorschriften vorgenommen werden.

Die Sanktion, die Erteilung des Gesetzesbefehls ist der Kernpunkt des ganzen Gesetzgebungsorganges. „Das spezifische Merkmal der Staatsgewalt, das Herrschen, kommt“, wie Paul Laband treffend bemerkt, „nicht in der Feststellung des Gesetzesinhalts, sondern in der Sanktion des Gesetzes zur Geltung.“ Es ist deshalb eine Frage von größter politischer und rechtlicher Tragweite, welchem Staatsorgane die Vornahme dieses höchsten staatsrechtlichen Aktes zusteht.

Hier allein kommt der entscheidende und freie Wille zur Entfaltung, ob etwas Gesetz werden soll oder nicht, und deshalb muß derjenige, der das Recht hat, die Sanktion zu erteilen, sie auch verweigern, ein „absolutes Veto“ einlegen können. Weder Senat noch Staatspräsident können diese Befugnis für sich in Anspruch nehmen. Dieser hat bei der Gesetzgebung nicht aus rechtlich freiem Willen mitzuwirken, sondern ist kraft verfassungsmäßiger Bestimmung (Art. 35, 44, 1) zusammen mit den zuständigen Ressortministern zur Unterzeichnung und Verhängung verpflichtet.

Der Senat dagegen kann in keinem Falle seine Absichten auf dem Gebiete der Gesetzgebung gegen den Willen des Sejms durchsetzen (Art. 35), der immer gewissermaßen „in der Hinterhand steht“. Sein Wille ist der im polnischen Staate schließlich maßgebende, der rechtlich keinen höheren, auch nicht einen irgendwie geäußerten Volkswillen über sich hat, er ist die laut Art. 2 dem Volke zustehende Souveränität aus. Nur die Gesetzesbeschlüsse, denen der Sejm zustimmt, denen er verpflichtende Kraft zuerkennt, sind für die Untertanen verbindlich. Reinerlich kommt die

Fünfundzwanziges Kapitel.

In einem geschmackvollen, dunkelblauen Seidenkleide stand Gertrud Meinhard in dem Empfangszimmer und legte einem Elternpaar große Mappen und Alben mit Photographien von Kindergruppen vor. „Wir betrachten Lebenswahrheit in der Wiedergabe natürlicher Bewegungen als unsere künstlerische Aufgabe. Das Erfassen des Kindlichen ist ja die Eigenart der Firma Czernowska“, sagte sie und wies auf einige Bilder. „Ist das nicht entzückend, wie die Kleinen mit dem Käse spielen? — Oder hier die zärtliche Puppenmutter? — Auch die beiden Bärchen vor ihrer Fassung sind doch reizend? Diese Aufnahmen hat Fräulein Czernowska im Speisezimmer der Familie aufgenommen, nicht in unserer Werkstatt.“

Das Ehepaar sah sich unschlüssig an.

„Mir liegt am Herzen, daß meine alte Mutter zu ihrem hundertsten Geburtstag ein kleines Album auf dem Frühstückstisch findet, in dem sie ihre Enkelkinder in den verschiedensten Stellungen sieht. Leider lebt sie nicht hier und muß unsere Drei entbehren“, sagte der Herr.

„An eine Aufnahme in unserer Wohnung habe ich auch schon gedacht“, meinte die Dame, „das würde deiner Mutter sicher die meiste Freude machen!“

„Wie gesagt, es kommt mir nicht auf die Kosten an“, erklärte er nachdenklich. „Es handelt sich um ein Geschenk, das etwas besonders Erfreuliches sein soll!“

Gertrud verspürte wieder etwas wie Scham. Ihre Wangen brannten. „Es lag ihrer zurückhaltenden Natur so gar nicht, anzupreisen, zuzureden oder marktschreierisch zu loben. Sie biß eine Sekunde die Zähne zusammen, ehe sie sich zu den Worten aufschwang: „Nach meiner besten Ueberzeugung kann ich nur sagen: gerade das,

Sanktion heute erst in der auf sie notwendig, ipso iure folgenden.“

Ausfertigung oder Promulgation durch den Staatspräsidenten und die zuständigen Minister zur Erscheinung. Während im bisherigen Verfahren alle materiellen Voraussetzungen für das Zustandekommen des Gesetzes geschaffen wurden, bedarf es nun, um in rechtlich zweifellos Weise wirksam werden zu können, einer äußeren, nämlich wahrnehmbaren, feierlichen Erklärung, durch die sowohl der Text wie die rechtmäßige Form seiner Entstehung beurkundet werden. Der Staatspräsident hat also vor der Unterzeichnung zu prüfen, ob alle in Betracht kommenden Bestimmungen der Verfassung eingehalten worden sind, ob das betreffende Gesetz nicht etwa materiell im Widerspruch zu ihr steht, und muß darauf achten, daß sein Inhalt sich mit dem von den Kammern festgestellten deckt. Nur wenn diese Anforderungen nicht zutreffen, und für diesen Fall allein, hat er nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die Ausfertigung zu verweigern, bis die Bedenken behoben sind. Auch wenn er etwa irrtümlich zu dieser Ansicht kommen sollte, gibt es nach der Verfassung keine höhere Instanz, die ihn rechtlich dazu zwingen könnte, seine Stellungnahme zu ändern. Dasselbe gilt für die Minister, die ebenfalls ihre Mitwirkung nicht verweigern dürfen, selbst wenn sie mit den materiellen Anordnungen des Gesetzes nicht einverstanden sind, seine formelle Rechtmäßigkeit aber anerkennen müssen. Jedoch greift ihnen gegenüber die parlamentarische Verantwortlichkeit vor dem Sejm Platz, die sie für ihre eigenen und die von ihnen gegengestellten Akte des Staatsoberhauptes haben (Art. 44, 45, 56, 57, 58).

Ueber die Form, in welcher die Ausfertigung zu erfolgen hat, sagt die Verfassung nur, daß das Gesetz „unterzeichnet“ werden muß. Nach allgemeinem Brauch werden also wesentliche Bestandteile der hier herzustellenden authentischen Gesetzesurkunde neben den eigenhändigen Unterschriften des Staatspräsidenten und der Minister noch anzufügen sein: der Gesetzesort, die Sanktionsformel („Hierdurch wird verordnet . . .“), Ort und Datum der Promulgation.

Den Schlußakt des Gesetzgebungsverfahrens bildet die Publikation, die Verkündung des Gesetzes. Der Befehl zu ihrer Vornahme, der sich an den zuständigen Ressortminister richtet, ist eine notwendige Folge der Ausfertigung und in ihr stillschweigend mitzuteilen, so daß eine besondere, ausdrückliche Anordnung entbehrlich ist. Während die Sanktion das Gesetz, die Ausfertigung die Gesetzesurkunde entstehen läßt, bewirkt erst die Verkündung des Gesetzes seine Verbindlichkeit für alle, an die es sich richtet.

Nach Art. 44, 1 hat die Publikation im „Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej“ auf Veranlassung des zuständigen Ministers zu erfolgen, der dafür, als für einen Akt der Exekutive, die Verantwortung vor dem Sejm übernimmt. Jede sonstige Bekanntmachung, sei es durch die Presse oder nicht dazu legitimierte Organe, hat nicht die Rechtswirkungen der ordnungsmäßigen Verkündung.

Eine Frist für ihre Vornahme ist von der Verfassung nicht gesetzt; nur auf ausdrücklichen Befehl des Senats muß sie innerhalb von 30 Tagen nach Annahme des Gesetzes durch diesen erfolgen. Im übrigen wird man jede mit geregelter Förmlichkeit der Staatsgeschäfte zu verbindende Zeit als angemessen betrachten müssen.

Der Tag des Inkrafttretens muß in jedem Gesetz besonders bestimmt sein, da die Verfassung es an einer generellen Regelung bewußt fehlen läßt (Art. 3, 3).

Verordnungen und an Bestimmungen reich ist der Weg, den der im Gesetz verkörperte höchste Staatswille nehmen muß, um schließlich gehoramsbefehlend und gleichsam objektiviert den seiner Gewalt Unterworfenen gegenüberzutreten. Während sie in ihrer Gesamtheit unmittelbar

was Sie wünschen, macht kein anderer Photograph an nähernd so gut wie Fräulein Czernowska!“

Die beiden blätterten in den Büchern, nahmen wieder die Bilder aus den Mappen, betrachteten sie und sprachen leise miteinander. Endlich erschienen sie einig und fragten nacheinander nach den Preisen, die sich der Herr in sein Notizbuch schrieb. „Ich gestehe Ihnen ganz offen, liebes Fräulein, die Aufnahmen gefallen uns ausgezeichnet. Nur scheinen uns die Kosten etwas hoch.“

„Vielleicht verhandeln Sie aber diese mit meinem Prinzipal“, sagte Gertrud hastig, „ich bin sicher, daß sie Ihnen nach Möglichkeit entgegenkommen wird. Soll ich sie vielleicht rufen? Es ist zwar gerade eine Aufnahme drüben im Atelier . . .“

„Nein, danke, es wird nicht nötig sein! Ich gebe Ihnen noch heute telephonisch Bescheid, ob wir mit unserem kleinen Trio herkommen oder die Bilder daheim in der Kinderstube machen lassen“, unterbrach sie der Herr.

Kaum schlug die Tür ins Schloß, so schlüpfte durch einen Vorhang ein kränklich aussehendes, schmales weibliches Wesen mit einem todblaffen verregneten Gesicht in das Empfangszimmer und fragte ängstlich: „Glauben Sie, daß die wiederkommen?“

„Nein!“ erwiderte Gertrud kurz.

Die andere seufzte: „Es wäre so schön! Gerade ein solcher Auftrag hätte mir jetzt so gepaßt. Erstens wegen der Einnahme und dann wegen der Bilder unten in den Schaukästen. Es müssen endlich neue hinein. Die Leute sind schon so an die alten gewöhnt, daß sie gar nicht mehr stehen bleiben! — Gruppen von drei Kindern könnte ich so gut gebrauchen!“

(Fortsetzung folgt.)

Sehenswerter Band in schön, wie sie auch sei.
Schafespeare.

Die Tochter des Ministers.

Roman von Ernst Georgy.

(Nachdruck verboten.)

99. Fortsetzung.)

„Nun — und?“

„Dorest lassen wir ihn, das heißt, ohne daß er uns als treibende Kraft erfährt, nach Europa kommen. Rolf ist gewandt genug, ihm alles einleuchtend zu machen. Ein Wort von ihm, und er wird bei der Hopag eingestellt und hat freie Ueberfahrt und sogar noch Gehalt. Landet Wiesener aber einmal in Hamburg, so schaffen wir seine Mutter nach dort und müssen bereits eine Stellung für ihn in Bereitschaft haben.“

„Franz“, entzückt legte sie ihre Hand auf die seine, „ich bewundere dich!“

Ein süchtiges Lächeln erhellte sein Gesicht, dann seufzte er. Warte mit der Bewunderung bis nach dem Erfolg. Nur keine Enttäuschung! — Ich schreibe also vorerst in diesem Sinne nach Buenos Aires. Dich, Mathilde, bitte ich aber um folgendes: laß dir einmal alle unsere Verwandten durch den Kopf gehen, die man in anscheinender Harmlosigkeit für einen um die Ecke gegangenen Jugendfreund unseres Egon um Hilfe ersuchen könnte. Wiesener weiß mit Pferden umzugehen, er war auch ein guter Jäger. Also in diesen Richtungen muß man anbahnen.“

Sie schloß, daß ihre Zeit hier abgelaufen war und erhob sich. „Ich gehe, Franz, auf Wiedersehen bei Tische!“

an seine Kollegen die Lage der böher Industrie auseinander. Sogorowski unterricht, daß dieser Frage großes Gewicht beizulegen sei, da die Krise sich mit jedem Tag verschärfe und für das Wirtschaftsleben des ganzen Staates verhängnisvolle Folgen haben könne. Der Vorsitzende der Kommission, Abgeordneter Wierzbicki, erklärte, daß die Wichtigkeit dieser Frage außer Zweifel stehe, daß jedoch die Kommission eine Entscheidung ohne Befähigung der Lage durch den Minister für Industrie und Handel nicht treffen könne. Nach längerer Aussprache wurde beschlossene Angaben, die für die Krise in der Textilindustrie zeugen, zu samstags und für die nächsten Tage eine Konferenz der Sejmkommission für Industrie und Handel unter Beteiligung des Ministers für Industrie und Handel einzuberufen.

bip. Da die Färbereibesitzer immer noch auf eine günstige Lösung der Frage hoffen, wurde in kleineren Färbereien der Betrieb nicht eingestellt. Von der für Mittwoch anberaumten Sitzung wird eine endgültige Entscheidung dieser Frage erwartet.

bip. **Wohnverhältnisse.** Dieser Tage begab sich eine Delegation des Hausverwalterverbandes zum Polizeikommandanten, Inspektor Roskowski, und überreichte diesem eine Denkschrift. In der gegen die Forderung der Polizeikommission, beim Einmischen zugereister Personen die Meldebücher vom Ort ihrer Ausreise zu verlangen, Stellung genommen wird. In der Denkschrift des Hausverwalterverbandes wird dies für unmöglich erklärt, da die Zurechnung von dieser Anordnung, die nur in Bödy Geltung hat, nichts wissen und somit die Abmeldebücher nicht besitzen. Namentlich Kaufleute, die in Bödy nur 2 oder 3 Tage weilen, werden sich an ihrem ständigen Wohnort nicht aus. Angesichts dessen dürfen die Hausverwalter nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn in ihren Häusern zugereiste Personen unangemeldet wohnen. Ferner wird darauf hingewiesen, daß in Bödy vielfach Fremde einreisen, die keinen Ausweis besitzen. Im Polizeikommissariat wird die Einmischung solcher Personen nicht angenommen, ungeachtet dessen, daß nach dem russischen Gesetz die Einmischungen angenommen werden müssen, während in der Zwischenzeit gleichzeitig die Identität dieser Person von der Polizei festgestellt war. Angesichts dessen dürfen die Hausverwalter nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß in ihrem Hause unangemeldet Personen wohnen. In vielen Fällen werden bei der Einmischung zugereister Personen, deren Ausweis kein Bild enthält, 2 Zeugen verlangt, die die Identität dieser Person bestätigen sollen. Auch dies ist oft nicht möglich, da nicht alle Zugereisten in Bödy bekannt sind. Ferner lehnen die Hausverwalter jede Verantwortung für die Melbung von Untermietern ab, da verschiedentlich Dienstboten aufgenommen werden, ohne daß der Hausverwalter davon in Kenntnis gesetzt wird. In diesem Falle wären die Hausbesitzer zur Verantwortung zu ziehen.

Der Hausverwalterverband ersucht ferner um die Genehmigung einer Ein- und Ausmeldegebühr, die damit begründet wird, daß die Hausverwalter bei der Erledigung der Meldeformalitäten Kosten haben. Danach sollen für Einmeldungen 3000 M. und für Ausmeldungen 1000 M. erhoben werden. Zum Schluß wurde die Frage der Hausverwalter im allgemeinen berührt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Hausverwalterposten zum nicht geringen Teil durch unfähige Personen und sogar Analphabeten besetzt sind. Richtig sollen Hausverwalter erst nach Empfehlung des Hausverwalterverbandes angestellt werden.

Der Polizeikommandant erklärte, daß er Befehl erteilen werde, Anmeldebücher nicht mehr zu verlangen und daß alle Personen, mit oder ohne Ausweis, angemeldet werden müssen. Betreffend der Meldegebühren versprach der Polizeikommandant eine Konferenz mit dem Kommissar.

Deutsches Theater.

Der Pfarrer von Kirchfeld. Volle Abschied in 5 Akten von Ludwig Angenröder. Das Volkstheater von Linz am Rhein. Der Pfarrer von Kirchfeld" wurde in der Aufführung am Sonntag nachmittags im Scala-Theater eine glänzende Wiedergabe. Das Haus war aber infolge der verschiedenen anderen deutschen Veranstaltungen nicht besonders besucht. Den Mitwirkenden ist es daher doppelt anzukreiden, daß sie sich rechtlich Mühe gaben, all ihr Können zu entfalten und somit eine weit über den Rahmen der gewöhnlich mittelmäßigen Leistungen unseres Theaterensembles reichende Interpretation dieses auch in Bödy bekannten und bereits einige Male aufgeführten Werkes zu erzielen.

Titilia Morbo war in der Rolle der Wittwe wieder einmal in seinem Element. Mit einer seltenen Feinheit gelang ihm die Darstellung als moralisierender Pfarrer. Auch seine gewaltigen flüchtigen Gebärdenprache war diesmal sehr gemäßig und insofern mehr natürlich. Luise Morbo als Anna Kirchmeier spielte im ersten Akt etwas unsicher, wurde aber allmählich lebhafter. Den ehrentüchtigen Vater von der Grotte" gab Arthur Heine mit ruhender Schlichtheit wieder, während Edmund Reasowski in der Rolle des Michel Verdonker eines zu lässlichen Gier als stiller Beobachter der irdischen Anna an den Tag legte. Gerda Reasowski spielte die kleine Paula Köhler die Rolle des verstorbenen Gärtners Wurzlepp, der erst durch den Tod seiner Mutter wieder in den Schoß der Kirche zurückkehrt und mit dem Pfarrer, dem er Feindschaft geschworen hatte, Freundschaft schließt. Schon des Dialekts wegen fand ihm die Rolle vorzüglich. Zu erwähnen wäre noch Rosa Schmitt, die die alte Hauskammer des Pfarrers charakterisierte. S. U. A. R.

Kommunikation und Stadtpflichten abzuhalten. Die Aufstellung der Hausverwalter durch den Verband billigte der Polizeikommandant im grundsätzlichen Sinne. Angesichts der vielfach betriebenen Mißstände in der Anmeldung soll ein besonderer Stempel für die Hausverwalter eingeführt werden.

bip. **Im Zusammenhang mit der Ziegelei.** Im Magistrat hat das Gewerkschaftsamt einen Herrn damit betraut, die Darstellung des Magistrats, die Ziegeleien sowie die städtischen Gasanstalten einer Untersuchung zu unterwerfen.

Die Lohnfrage im Magistrat. In der gestrigen Sitzung des Magistrats wurde nach Kenntnisnahme der Erklärung der Vertreter der Fagverbände der städtischen Angestellten in Bödy vom 10. Februar beschlossen: 1. den Multiplikator für Februar 1923 um weitere 60 Prozent zu erhöhen, d. h. von 13.321 auf 21.514 Punkte; die Auszahlung des den städtischen Beamten zustehenden Gehaltsunterchiedes für Februar beginnt am 20. Februar; 2. Angesichts der jetzigen schlechten finanziellen Lage des Staates sowie der Stadt sind die Verbände der städtischen Angestellten zur Bildung einer aus 6 Mitgliedern bestehenden Sonderkommission aufzufordern. Diese Kommission soll unverzüglich mit Vertretern des Magistrats über die Frage der Regelung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Magistrat in Verhandlungen treten.

Nachruf. In Bödy, wo er Stellung nach seinem Tode zu finden hoffte, verschied am 8. Februar der allseits geschätzte und geachtete böher Kaufmann und Bürger Herr Franz Schiller im blühenden Mannesalter von 45 Jahren. Mit Bekauern vernahmen wir diese Kunde, war doch der Verlebte ein Mann der Arbeit und Pflichterfüllung und ein Mensch, dessen Umgangsformen alle erfreuten. Vor 45 Jahren in Bunska-Wola geboren, trat der Ernst des Lebens früh an ihn heran und mit 14 Jahren war er bereits genötigt, sich sein Brot zu verdienen. Seine große Schaffensfreudigkeit und sein redlicher Sinn waren ihm aber gute Freunde auf seiner Lebensbahn und so blieb der Erfolg seiner Tätigkeit nicht aus. Bei den Firmen Schneider und Franz Schiller erwarb er sich die Vorkenntnisse seines Faches und im Alter von 25 Jahren begründete er seine heutige Firma, die Schützenfabrik „F. Schiller“, die er zu einem der größten Unternehmen dieser Art im Lande ausbaute. Nie verließ ihn sein guter Stern, denn rastlos und schaffensfreudig lebte er dahin, umgeben von der Achtung der Menschen und der Liebe seiner Familie. Um seine in der letzten Zeit arg zerrüttete Gesundheit wieder zu gewinnen, begab er sich nach Bödy, aber das Schicksal ließ ihn nicht gesunden. Im Besonderen seiner nächsten Angehörigen wurde er am 8. Februar auf dem böher evangelischen Friedhofe beigesetzt. Er hinterläßt die Witwe Marie, geb. Jäkel, einen Sohn und eine Tochter, sowie einen zahlreichen Verwandten- und Bekanntenkreis. Alle, die ihn kannten, werden wohl eins sein in dem Wunsche: Mit ihm sei der Frieden und unser ehren- des Gedächtnis!

bip. **Wegen Nichtbeachtung der Vorschriften zur Bekämpfung des Wuchers** bestraft die Regierungskommission folgende: Gleich-Troßhändler: Simon Frnd (Nomo-Jargewits 2), Chaim Grokberg (Najorowski 56), Josef Synowicki (Nomo-Jargewits 5), Samuel Girsberg (Bluma 67) mit einer Million Mark und einer Woche bedingungsloser Haft; Schip Rajlich (Drenowski 30) mit 1 Monat bedingungsloser Haft und 500.000 M.; Menchel Dobin (Weizel 4) mit 1 Monat bedingungsloser Haft. Außerdem wurden wegen Verweigerung des Verlaufs von Spid, der in größeren Mengen versteckt gehalten wurde, die Fleischer Jan Jablonski (Gubernatorska 26) und Leopold Girsch (Alexandrowska 40) zur Verurteilung gezogen.

bip. **Falsche Schulzeugnisse.** Das Kreisergänzungsamt wandte sich seinerzeit an die Direktion des städtischen philologischen Gymnasiums von A. Jimonski (Dobna 9) um Auskunft über ein von dem Soldaten Alfred Kirlein vorgelegtes Zeugnis dieser Lehranstalt. Da ein Kirlein in den Schülerlisten nicht zu finden war, wurde das Untersuchungsamt gebeten, eine Untersuchung einzuleiten. Kirlein wurde festgenommen, aber bekannte, das Zeugnis von Jimonski, Joly, Thina 3, erhalten zu haben. Joly wurde ebenfalls verhaftet und sagte aus, daß er das Zeugnis für Kirlein von einem gewissen Josef Andrusjewski, Nomo-Ja 120, erhalten habe. Andrusjewski bekannte sich dazu, schon mehrfach falsche Schulzeugnisse ausgestellt zu haben und gab an, daß den Stempel dazu Josef Klimczak (Ghans 106) besitze. Während einer bei Klimczak vorgenommenen Haus-suchung wurde der gefälschte Stempel sowie ein gefälschtes Zeugnis, das Klimczak vergeblich zu zerreißen versuchte, gefunden. Klimczak erklärte, den gefälschten Stempel von einem Erwin Paulsch (Konra 44) im Jahre 1922 erhalten zu haben. Alle 5 Fälscher wurden verhaftet.

bip. **Vom Wucher.** Mit der Einführung des metrischen Maßes in Industrie und Handel ist für das Wucheramt eine Periode reger Kontrolltätigkeit angebrochen. Im Januar wurden in Handelsgeschäften aller Art von 10000 Revisionen durchgeführt, bei der städtischen metrischen Kontrolle geprüft wurden. Wegen Verstoßes gegen das Gesetz wurden im Januar 10000, die eine Million Mark überschritten, verhängt. Es kann jedoch festgesetzt werden, daß solche Vergehen in verhältnismäßig wenig Fällen zu verzeichnen waren.

Das Verbot der Flüchtlinge aus Rußland. Wie wir erfahren, wird in den nächsten Tagen ein Rundschreiben herausgegeben werden, wodurch die bis-

herigen Verordnungen bezüglich der Flüchtlinge aus Rußland, die sich auf ungezügelter Weise auf polnischen Gebiet aufhalten, aufrecht erhalten und die Ausfuhr von Waren mungen sogar noch verschärft werden. Für die polnischen registrierten Flüchtlinge wird der 15. April als Tag für das Verlassen Polens festgelegt. Dieses Rundschreiben bildet eine Demonstration der Gerichte über angebliche Erleichterungen für Flüchtlinge. Wie wir erfahren, werden Vermittlungen polnischer Organisationen in der Frage der Ausländer nicht berücksichtigt werden.

Zur Lage der Staatspensionäre in Polen.

Und wird geschrieben: Fast alle Staaten des zusammengebrochenen Mitteleuropas sorgen für ihre Staatspensionäre, deren Witwen und Waisen in dem Maße, daß sie wenigstens vor Hunger geschützt sind. Der polnische Staat aber macht in dieser Beziehung eine Ausnahme. Welche Fürsorge derselbe seinen Staatspensionären angedeihen läßt, spottet schon allem Dagegen. Als Beleg mögen nachstehende Daten dienen:

Am 2. 1. 1923 bezog in Polen ein vollqualifizierter Staatspensionär der 6. Rangklasse samt Familie eine Pension von 100 000 M., oder 18 schwed. Franken, der 7. Rangkl. samt Familie eine Pension von 80 000 M., oder 12,50 schwed. Frk., der 8. Rangkl. samt Familie eine Pension von 76 000 M., oder 11 — schwed. Frk., der 9. Rangkl. samt Familie eine Pension von 67 000 M., oder 10 — schwed. Frk., der 10. Rangkl. samt Familie eine Pension von 61 000 M., oder 9 — schwed. Frk. Waisen von 32 000 Mark bis 48 000 Mark oder 5,10 — 7,50 schwed. Franken.

In zahllosen Fällen sind die Pensionen aber überhaupt noch nicht geregelt, so daß sich viele mit einer provisorischen Pension von 17 000 M. monatlich und darüber begnügen müssen. Viel trauriger aber ist das Los jener, welche einen Gnadenruhegehalt aber noch nachgehende Verfertigung überhaupt noch keine Rente erhalten haben.

Wenn die Ernährung ausschließlich nur aus Brot und Kartoffeln und den dazu gehörigen Getreidekosten besteht, reichen die Pensionen nicht hin, um die Kosten der Heizung und die Wohnungsmiete für eine Familie zu decken.

Ungeachtet des im Jahre 1921 in Kraft getretenen Pensionsgesetzes, welches den vollqualifizierten Staatspensionären 75 Proz. und den Neupensionären 100 Proz. der Bezüge der aktiven Staatsbeamten als Pension zusichert, beträgt diese heute aber kaum 20 Proz. der Bezüge der aktiven Staatsbeamten.

Unzählige Gesuche der Staatspensionäre aus Rußland, Ostgalizien und poln. Schlesien an die Regierung um gerechte Regelung der Pensionen nach dem polnischen Maßstab der polnischen Markt wurden aber bisher unberücksichtigt gelassen. Wenn die Reichsregierung der Staatspensionäre gar zu laut wurden, hat sich die polnische Regierung in vergangener Zeit ab und zu herabgelassen, ihnen eine Aufbesserung ihrer Ruhegehälter in Form eines Zuschusses zu bewilligen. Was aber noch schlimmer und unerträglicher ist — ein Teil der polnischen Pensionsbeholdung, ob in offiziellem oder inoffiziellem Ausmaß, hat zur Verhinderung der Staatspensionierten verhängene unwahre Nachrichten über beschlossene Verbesserungen der Ruhegehälter verbreitet.

Und so ist es gekommen, daß die meisten polnischen Staatspensionäre infolge ihrer jähzornigen Lage auf die Mißbilligung ihrer Mitmenschen angewiesen sind. Besonders wird die polnische Staatsverwaltung in diesem Punkte den derzeitigen Verhältnissen entsprechende Verbesserung der Ruhegehälter ihrer Staatspensionäre schreien. Doch sollen sich etwa die polnischen Staatspensionäre offen und ohne Scheu an die Mißbilligung des In- und Auslandes wenden? Das wäre doch äußerst beschämend für den polnischen Staat!

Für die traurige Lage der Staatspensionäre in Polen können nur jene Organe verantwortlich gemacht werden, denen die Fürsorge für die Staatspensionäre obliegt.

bip. **Lehrerstreik.** In 12 polnischen Volksschulen traten die Lehrer in Ausstand, da seitens der Direktion der Vertrag nicht gehalten wurde. Die Schulen abgelehnten Konferenzen zur Beilegung des Zwistes blieben ohne Ergebnis. Die streikenden Lehrer wandten sich um Unterstützung an den Schulpflichter Krcowski. Die freigebliebenen Stellen wurden mittlerweile durch neue Beauftragte besetzt. In dieser Frage soll demnächst eine weitere Konferenz einberufen werden.

bip. **Wem gehören die Schmutzstücke?** In der ersten Etage des Untersuchungsamtes hat sich eine bedeutende Anzahl von Schmutzgegenständen, die nach dem polnischen Namen, zusammengestellt. Die reichhaltigen Gegenstände waren 2 goldene Ringe, 4 goldene Halsketten mit Aufhängern, 2 goldene Fingerringe, 10000, Ohrringe u. d. m., abgeben.

bip. **Gasvergiftung.** In der Wohnung des städtischen Spielers, Jelonak, erlitt das Dienstmädchen Zdzisława Jelonak, die das Gas abzulesen war, eine Gasvergiftung. Die Gasvergiftung wurde durch einen Gasrohrbruch verursacht, während die Gasvergiftung in der Wohnung Jelonaks auf dem Boden lag. Das 7. Polizeikommissariat wurde davon benachrichtigt und die Gasvergiftung wurde durch einen Gasrohrbruch verursacht.

bip. **Ein Messerstecher.** In einer Wohnung der Maria Jelonak wurde die Kellnerin Maria Jelonak von einem gewissen Paul Walczak (Wojaslaw 23) mit einem Messer gestochen. Walczak wurde verhaftet, während die Kellnerin in der Drewnowski'schen gebräut wurde.

bip. **Findlinge ohne Ende.** In der Drewnowski'schen wurde auf der Treppe ein mehrere Wochen alter arabischer Kind gefunden.



der Hausfrau die Hand führt und sich auf das freundliche Gespräch ein, um nach zwei Wochen wieder dort aufzutreten, wo man ihn am allerwenigsten erwartet. Die Polizei ist einfach machtlos. Auch erfreut sich unter den Bayern eines großen Vertrauens und hat unter ihnen keine Agenten, die ihn von allem in Kenntnis setzen.

Posen. Neuerwerbungen für den Zoologischen Garten. Im Dezember besuchte der Vertreter der Firma Hagenbeck in Hamburg-Stellingen, Herr Gehring, in Begleitung des Direktors des Zoologischen Gartens in Posen, Dr. Schneider, den Posener Tierpark. Der Leiter des Posener Instituts, Szejewski, schloß bei dieser Gelegenheit einen bedeutenden Kaufvertrag ab. Zum Teil handelt es sich auch um einen Austausch von Tieren. Mitte Januar weiste Direktor Szejewski in Hamburg und Leipzig und wählte die gekauften Tiere aus. Anfang dieser Woche sind nun in bestem Zustande die verschiedenen Vertreter der tropischen Tierwelt in Posen angelangt im ganzen 19 Tierarten. Darunter befinden sich: ein Paar schöner Leoparden, ein indischer Tapir, sechs verschiedene Affenarten, ein Känguru, ein Paar ägyptischer Gänse und ein sprechender gelber Kaka. Die Tiere kosten ungeheure Summen, die durch eine Posener Bank auf Rente der künftigen Einnahmen des Gartens vorgeschrieben worden sind. Man hofft, daß die Schuld durch vermehrtes Interesse des Publikums bald getilgt werden wird.

Dirschau. Wieder eine Ausweisung eines evangelischen Pfarrers. Herr Pfarrer Haack in Krotow in Pommern sendet der „Dsch. Ztg. f. Bomm.“ folgende Mitteilung: „Ich bin evangelischer Pfarrer an der jetzt noch größten Gemeinde in den drei schlesischen Kreisen. Als solcher habe ich am 26. Januar die Ausweisung durch den Herrn Wojewoden in Thorn erhalten und soll binnen 14 Tagen die Republik Polen verlassen. Begründung: Ich hätte mich als Reichsdeutscher im Deutschbundsland, und zwar als Vorsteher der Kreisvereinsung Pöhl befähigt und dadurch das Gastrecht des Staates mißbraucht. Dies trifft nicht zu, da ich von dem früheren Starosten als polnischer Staatsbürger anerkannt

war, auch den „Wojas“ befragt und von den Militärbehörden als polnischer Reservist registriert war. Ich habe also nicht als Reichsdeutscher, sondern als polnischer Untertan. Erst bei Gelegenheit der Wahl wurde mir das polnische Staatsbürgerrecht abgesprochen, woraufhin ich mein Amt im Deutschbundsland sofort niederlegte. Meine Ausweisung würde die Gemeinde in größte Schwierigkeiten bringen, da sie für sich von anderer Stelle nicht versorgt werden kann.“

— Eine Hochzeit mit Hindernissen gab es am Sonntag im Dorfe M. im Kreise Dirschau. Ein dort wohnendes Brautpaar wollte die Band fürs Leben schließen, wozu auch alle Vorbereitungen getroffen waren. Am Sonnabend nacht erschien aber plötzlich der Klapperkorn im Brauthaus, was zur Folge hatte, daß die kirchliche Trauung am gestrigen Sonntag nicht stattfinden konnte. Da sich aber nun im Laufe des Tages die geladenen Gäste einfanden und auch die bestellte Musikkapelle erschienen war, entschloß man sich, die Hochzeit auch ohne Beisein der Braut zu feiern. In dem bestellten Gasthof fand man sich bald mit dem Bräutigam zusammen, und lustig und in ausgelassener Stimmung ließ man den Bräutigam nach dem bereits vorhandenen Stammbuch hochleben.

Briefen. Ein schwerer Unfall. In Dießte Budy, Kreis Briesen, räumte kürzlich die Besitzerin Gutmann den Hof ab. Dabei fiel ein daraufstehender geladener Revolver herunter und entlud sich. Der Schuß traf die Frau und tötete sie.

Kattowitz. 6 1/2 Millionen geraubt, ein Mann erschossen. Am Sonntagabend kam der Viehhändler Scheja Steinh zu dem Fleischer Rebel zwecks Uebernahme einer größeren Geldsumme für geliefertes Schlachtvieh. Kurz nach 8 Uhr abends verließ Steinh die Wohnung des Fleischer Rebel, um sich nach Hause zu begeben und trug bei sich 6 Millionen Reichsmark, die er vom Fleischer Rebel erhalten hatte. Als er auf der Wohnung des Rebel auf die Straße hinaus trat, sah er auf der anderen Seite des Bürgersteiges zwei Männer stehen. In dem Momente, als Steinh in seine Wohnung eintreten

wollte, sprangen zwei Männer auf ihn zu, hielten ihm die Revolver vor die Brust und forderten ihn auf, sich vollkommen ruhig zu verhalten. Das Dienstmädchen hörte ein Geräusch vor dem Hause und in der Meinung, daß ihr Dienstherr in die Wohnung ein wolle, öffnete sie die Tür, um demselben Einlaß zu gewähren. Die Banditen ließen zuerst den Steinh in die Wohnung hinein und folgten ihm unmittelbar nach. In die Wohnung angelangt, forderten die Banditen alle dort Anwesenden zum Hinhaken und zwangen sie dazu unter Drohung mit der Schusswaffe. Steinh wollte sich dagegen wehren, wobei ein Bandit gegen ihn einen Revolverschuß abfeuerte, der jedoch glücklicherweise nicht traf. Die Banditen nahmen zuerst den Steinh die Aktentasche samt den 6 Millionen Mark, eine Uhr und einen Ring ab. Dann blieb einer von den Banditen bei den auf dem Fußboden knienden Personen und hielt ihnen einen Revolver vor, während der zweite Bandit in den anderen Zimmern nach anderen Geldern suchte, wobei er noch 200.000 und 6 Herrenhemden mitnahm. Nach Beendigung schickten sich die Banditen zum Verlassen der Wohnung an. Dabei nahm ein Bandit noch einen Koffer im Werte von 300.000 Reichsmark mit und dann verließen sie die Wohnung mit den Worten: „Wiederum macht Freude.“ Steinh und dessen Frau liefen auf die Straße und riefen um Hilfe. In diesem Augenblicke befand sich auf der Straße der Arbeiter Max David, der auf die Schreie der Steinh die Banditen anhalten wollte. Die Banditen fingen gegen den David einige Revolverschüsse ab, von denen einer den David gerade ins Herz traf und tötete.

Stenstadt. Wieder ein Opfer des Spiels mit der Schusswaffe. In Abwesenheit der Eltern nahm der neunjährige Sohn des Goldschmieds Tomasz Malock einen geladenen Revolver von der Wand und spielte mit ihm. Er drückte dabei auf den Abzugsbahn, so daß der Schuß losging. Die in der Wohnung befindliche dreijährige Tochter des Goldschmieds wurde durch den Schuß in die Brust getroffen. Das Kind war sofort tot.

Handel und Volkswirtschaft.

Polen als Lieferant von landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Die Bedeutung Polens für den internationalen Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen ergibt sich einerseits aus der Anpassung der polnischen Feldfrüchte an die landwirtschaftliche Weltproduktion und andererseits aus der geographischen Lage Polens. Polen spielt in der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Europa eine wichtige Rolle. Den Angaben des internationalen Ackerbauinstituts in Rom zufolge nimmt Polen in Bezug auf Kartoffel- und Roggenproduktion sowie Pferde- und Schweineproduktion die zweite, in Bezug auf allgemeine Viehzucht die dritte und in Bezug auf Hafer- und Gerstenproduktion die vierte Stelle in Europa ein. Abgesehen von der Bedeutung der geographischen Lage — vom Gesichtspunkt des Transits aus betrachtet — verleiht das polnische Klima den in Polen erzeugten Sämereien sowie dem in Polen gezüchteten Vieh eine größere Widerstandsfähigkeit gegenüber dem in Ost- und Südost-Europa erzeugten. Der polnische Ackerbau akklimatisierte die besten Getreidesorten und führte hochproduktive Haustierrassen ein, wie z. B. holländisches Vieh und westfälische Schweine, ohne das die einzelnen Gattungen und Rassen ihr wertvolles Sondergepräge einbüßten. Hierin liegt auch die Bedeutung des polnischen Ackerbaus als Erzeuger von westeuropäischen Gattungen für Ost- und Südost-Europa. Unmittelbar in andere Breiten verpflanzt, entarten jene Gattungen rasch und verlieren das schärfere Klima nicht. Andererseits ist Polen der am weitesten im Osten liegende Lieferant von hervorragenden Lebensmitteln für den westeuropäischen Markt.

Vor allem handelt es sich hierbei um Eier, Rauchfleisch, Speck, grüne Erbsen, Fische, Krebse, Honig, Butter und Käse.

Zu den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die einstweilen für Ausfuhr verboten sind, gehören: Kleie, Stroh und Heu sowie Fleisch und Butter. Dasselbe betrifft auch Pferde und Rindvieh. Getreide darf gegen Einfuhr von Kunstdünger ausgeführt werden.

Zu den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die nur gegen Genehmigung ausgeführt werden dürfen, gehören: Hackfrüchte, Zucker, Magerkäse, Schoten und Oelfrüchte, Schweine, Rauchfleisch und Schinken, Eier, Gänse, Wild und Geflügel, Malz, Kartoffelstücken, Schotennahrungsmittel und Melasse. Reglementierte Waren, deren Ausfuhr gegen Erlaubnis des Hauptamts für Ein- und Ausfuhr in unbeschränkter Menge erlaubt ist, sind: Hefen, Gemüse, Weidenruten, Pflanzenöl, Gemüsesamen: von Mohr- und Kohlrüben, Mohn, Senf- und Kümmel. Zu den zur Ausfuhr erlaubten landwirtschaftlichen Artikeln gehören: Leinen- und Hanfstroh, Holz, Honig, Wachs, Blumen, Harz, Borsten, Flammledern und Federn, Fische und

Krebse, Käse, Hopfen, Zichoria, Pilze, Nüsse, Früchte, Beeren, Stärke und von Gemüse: Spargel, Blumenkohl, grüne Erbsen, Bohnen, Spinat, Artischocken und Kürbisse sowie aller Art Gemüsekonserve.

Warschauer Börse.

Warschau 12. Februar

Valuten:

Dollars	15.0
Kanadische Dollars	13.90
Deutsche Mark	1.40-1.42 1/2

Schecks:

Belgien	22.0
Brasilien	13.7-1.39
Danien	13.7-1.39
London	120.00-127.50 125.50
New-York	42.2-41.00
Paris	26.0
Prag	—
Schweden	—
Wien	—

Aktien:

Warsch. Diskontobank	4000-4100
Handel- u. Industriebank	25000
Klempolnische Bank	1800-1950
Lemberger Industriebank	1400-1250-1225
Vereinigte poln. Landbesitzer-Genossenschaftsbank	12250-12000-12100
Kijewski	85000-10000
Zuckerfabr. „Czestochowa“	130000-120000
Priloz	8000-9100
Kohlengewerkschaft	120000-123000-126000
Lilpop	87000-89500-88000
Ostrowitzer Werke	78000-81000-79000
Bohn, Zieliński & Co	23000-24000-23000
Starachowice	42000-41000-42000
„Pocist“	4300-4700
Zieleniewski	75000-74000
Borkowski	6900-7300-7000
Gehr. Jakubowski	12500
Polbal	4000
Malewski	3800-39500
Spiritus	83000-82000
Gehr. Nabel	12300-12500-12700
Chodorow	60000-55000
„Sita i swiatlo“	7000-6500-6600
Spisak	2000-20500
Warsch. Handelsbank	77 00
Warschauer Kreditbank	145 0 14000
Warsch. Industriebank	4100
Westbank	6000-61000
Arbeiter-Genossenschaftsbank	2250-21000-21500
Wildt	1750-1650-1700
Warsch. Gen. d. Zuckerfabr.	90000
Holzindustrie	700-7250
Cegielnia	3000-1000-11000
„Modrejow“	880-7000
Orlwin & Karasinski	17000-15000-17500
Raski	41750-41000-41500
Uraus	11500-14000-14350
Warsch. Lokomotivfabrik	15000-14000-13300
Zyrardow	175000
„Hurt“	4200-4250
Schiffahrtsgesellschaft	4800-5700-5100
Habermasch & Schiele	32000-37500-36500
Elektrizität	70000-85000
„Kampania“	7700-8400-8200
Pustelnik	340 0-360 0
Lenartowicz	8600-9200-9000
Gostawice	84000-82600-84000

Poln. Michalow 42000-37000-39500
40500-44000

Lodzer Geld-Börse.

Lodz, den 12. Februar 1923.

Dollars der Vereinigten Staaten (bar)	gekauft
41500 — gefordert 41500 — Transaktionen	—
Dollars der Vereinigten Staaten (Schecks)	gekauft
40500 — gefordert 41500 — Transaktionen	—
Belgische Franken (Schecks)	gekauft 2270 — gefordert 2280 — Transaktionen
Französische Franken (Schecks)	gekauft 2590 — gefordert 2600 — Transaktionen
Schweizerische Franken (Schecks)	gekauft 7675 — gefordert 7680 — Transaktionen
Pfund Sterling (Schecks)	gekauft 192.00 — gefordert 193.00 — Transaktionen
Oesterreichische Kronen (Schecks)	gekauft 1.5 — gefordert 0.51 — Transaktionen
Tschechische Kronen (Schecks)	gekauft 1210 — gefordert 1220 — Transaktionen
Deutsche Mark (bar)	gekauft 1.42 — gefordert 1.42 — Transaktionen
Deutsche Mark (Schecks)	gekauft 1.37 — gefordert 1.41 — Transaktionen
Millionówka 1700.	—

Inoffizielle Börse in Lodz.

Tendenz fest, Umsatz mittel.

Es wurde gekauft:

Dollars 41500-4320	—
Pfund Sterling 190000-192500-197000-703000	—
Französische Franken 2250-2270-2400	—
Belgische 2250-2270-2400	—
Schweizerische 760-8150	—
Deutsche Mark 1.50-1.42-1.41	—
Oesterreichische Kronen 1.50-0.51	—
Tschechische Kronen 1230-1250	—
Lira 2000-2100	—
Rumänische Lei 180	—
Millionówka 1800-1700	—
Schecks auf Wien 0.55	—
Schecks auf Berlin 1.45	—
Goldrubel 2300	—
Silberrubel 11500	—

Hauptgeschäftsführung: Adolf Kargel.

Verantwortlich für Politik: Hugo Wleczorek, für Lokales und den übrigen unpolitischen Teil: Adolf Kargel. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft „Libertas“ m. b. H. Verlagsdirektor: Dr. Eduard v. Behrens.



Bund der Deutschen Polens.

Ramenhof Str. 17.

Stellenjungen:

Beschäftigung suchen: Kontoristen, Buchhalter, Buchhalterinnen, Kontoristinnen, Land-Beamte, Expedienten, Lageristen, Buchhalter, Stenographen, Bucher, gebildete Herrschaften, Postler, Nachschreiber, Bandwäber, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Junger Mann,

mit guter Schulbildung, für das Büro eines Geschäftshauses sofort gesucht. Off. n. ter. J. S. 47 an die Exp. d. Bl.



Schmerz erfüllt teilen wir allen Verwandten, Bekannten und Freunden mit, daß mein lieber, herzensguter Mann, der treuherzige, aufopfernde Vater seiner Kinder, Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager, Cousin und Onkel

Franz Schiller

am 3. Februar 1923 im 45. Lebensjahre in Görlitz, wo er Heilung zu finden hoffte, sanft verschieden ist.
Die Bestattung der irdischen Hülle des teuren Verbliebenen hat am 8. Februar auf dem evangelischen Friedhofe in Görlitz im Beisein seiner nächsten Angehörigen stattgefunden.
Dies zeigen in tiefer Trauer an und bitten um stilles Beileid

Die Hinterbliebenen.

503



Turnverein „Kraft“

am Dienstag, den 13. d. Mts.
findet in unseren Vereinsräumen, Sienkiewicza 54, ein
Fastnachts-Kränzchen

Rath, zu dem wir unsere Mitglieder und deren Angehörige herzl. einladen.
Beginn um halb 8 Uhr abends.
Der Festausschuß.



Kirchengesangsverein „Cantate“

Sonntag, den 18. Februar,
um 4 Uhr nachmittags
im Vereinslokale
Kilinskastraße Nr. 139:

Ehren-Abend

für den Gesangsleiter des Vereins,
Herrn Kabełmiller
Alois Luniak
mit reichhaltigem Programm unter Mitwirkung
verschiedener Solisten.
Nach der Vortragsfolge:
Gemeinliches Beisammensein.
Eintrittskarten sind am Mittwoch, den 14. d. Mts.
ab 7 Uhr abends im Vereinslokale Kilinskastraße 139 und
am Tage des Festes von 10 Uhr vormittags ab zu haben.
Gäste willkommen!

Touring-Club, Lodz

Am 13. Februar d. J. (Fastnacht) um 9 Uhr
abends findet im neu renovierten Vereinslokale,
Kilinskastraße 139, ein

Kostüm-Fest

für Mitglieder, deren Angehörige und ein-
geführte Gäste Ratt.
Kein Kostümzwang.
Um zahlreichen Besuch bittet
der Vorstand.

Hollanfalt f. Zahn- u. Mundkrankheiten
145 Petrikauer Strasse 145
v. Zahnarzt H. Pruss
Plombieren künstlich. Zähne.
Preise laut Taxe. 5286

Zwei elegante transportable
Rachel-Ofen
zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle
dieses Blattes. 498

Dr. med.
Edmund Eckert
Haus- u. Fam. A. Gehl. Nr.
Sprecht. v. 12-2 u. v. 5-8,
Damen 4-5 Uhr nachm.
Kilinska-Strasse 187
bei 3. Ogas v. d. Glowa.

Posady Kasjera
poszukuje — znan do.
kladne buchalterje
wloski i amerykanska.
Gwarancja hipoteczna,
Oferty „Solidny“ do
admin. tego pisma 486

Ein einfaches
Dienstmädchen
nach Warschau gesucht.
Zu melden Długa 140.
Wohnung Nr. 10. 497

Lehrling
für technisches Büro und
Expedition gesucht bei Ing.
F. B. Lepp, Wilcza-
Strasse 4. 489

Kaufe
und zahle 150% teurer:
Brillant, Gold, verschiedene
neue Schmuck, alte Röhre
Perle, und Teppiche.
Konstantiner 7, 111,
rechte Of. 1. Etos.

Bauplan
in der Peter-Bastille, 23
zu verkaufen. Näheres
Petrikauer 93. M. 290 a
nial. 495
Ruhiger, alleinlebender,
Alter Herr sucht ein
möbl. Zimmer,
mit oder ohne Verbindung.
Bentum bevorzugt. Of-
fer: ul. Orla 3, m. 7
III, für E. E. 463

Junge
für alles eventl. auch
in Lehre gesucht. R.
Borkenhagen, Petrikauer
Strasse 100. 3. Etage.

Frauenshule Szcerbiecin

Sierpiningen, Post Rukoschin, Kreis
Cezew, Dirschau, Pommerellen.
Lehrgänge für ländliche Hauswirtschaft, Geflügelzucht, Gar-
tenbau, Ausbildung zur geprüften Hausbesorgerin. Ange-
schlossene Haushaltungsschule für Mädchen mit Volks-
schulbildung. Angenehmer Erholungsaufenthalt für Damen.
Unentgeltliche Aufnahme von Gartenbaukandidatinnen zwecks
Ausbildung als Gärtnerin. Beginn der neuen Lehrgänge
Obern 23. Auskunft, Schulpläne durch die Vorleserin.
422 2023. **Hel. Ingeborg v. Guldensfeldt.**

Durch rechtzeitigen Einkauf

von Waren ist auch heute Schmelz &
Rosner, Petrikauer Strasse 10, und
Sikale 180 in der Lage, Bettdecken,
Laken, Schlafdecken, Handtücher, Ta-
schenhücher, Tischdecken, Gardinen vom
Meter, Gg. dinnen abgepaßt weit unter
heutigen Tagespreisen zu verkaufen.

373

Auf Anzahlung!

Billige und moderne Möbel.
Komplett sowie einzelne Gegenstände werden in unse-
rer Werkstatt nach den neuesten Modellen angefertigt.
Achtung! Wir garantieren für solide Ausführung,
sowie rechnerischen Gegenstände zum Austausch an.
F. Krzyzowski 1 S. 12, Tischler-Werkstatt, Rapiór-
townskiego 7 (bei Geyers Ring). 420

Sie sparen wenn Sie rechtzeitig für den Winter
kaufen gegen **RATENZAHUNG** oder
in Bar bei der Firma

WYGODA, Petrikauer 238.

Damen-, Herren- und Kinder-Garderoben, Manufaktur-
waren sowie Schuhwaren in größter Auswahl vorhanden.
Bemerkung: Bestellungen werden in den eigenen
Werkstätten binnen 4 Tagen ausgeführt. (Billigen be-
stehen wir nicht). 289

„Ekonomja“ Geyers Ring 5/6. Gegen Ratenzahlung!

Sämtliche Herren- und Damengarderoben,
Schuhe, verschiedene Schnittwaren, Wäsche
u. a. Aufträge werden nach den neuesten Fassons
ausgeführt. 5581

Spargelder

verzinsen wir
bei täglicher Ründigung mit 6%
4wöchentlich 15%
längerer Ründigung nach Vereinbarung.
Deutsche Genossenschaftsbank in Polen,
A. G.
Bd. 1. Etage, Rukoschin 45/47. 5269

Wirker u. Spuler

können sich melden, bei sehr gutem Lohn in der
Trikotfabrik. Zachodni 70 481



Kirchengesangsverein d. St. Trinitatisgemeinde.

Sonabend, den 17. Februar
i. J., präzis 8 Uhr abends,
im Vereinslokale, Konstantiner
Strasse Nr. 4:

Jahres- Hauptversammlung

Tagesordnung:

1) Verlesung der Protokolle; 2) Berichte der
Kassierer; 3) Bericht des Schriftführers; 4) Aus-
zeichnung für 50- und 25 jährige Vereinszugehö-
rigkeit; 5) Auszeichnung verdienstvoller Mitglieder;
6) Entlastung der alten und Wahl einer neuen
Verwaltung; 7) Allgemeines.

Die Versammlung ist nach unseren neuen
Satzungen im 1. Termin beschlußfähig.
Die Herren Mitglieder ersucht um vollzähliges
Erscheinen.

380

Der Vorstand

**Achtung! Billiger als überall
da in einer Privatwohnung**
Sämtliche Pelzwaren
auch Foki-Karakulmähel erhältl. Petrikauer 19
(im Hofe) **Susmanek u. Dawidowicz.**
Reparaturen-Akademie: 5878 Realiste Bedienung

Schreibmaschinen

Adler neueste Modelle und andere Systeme in großer
Auswahl zu billigsten Preisen; Fortbänder 12.
Kohlepapier, Reparaturen, Schreibmaschinen-Unterricht.
Adolf Goldberg.
5990 Andrzejka-Strasse 1, 1. Etage

In den
meinen deutschen Familien

Polens

finden Sie die

Podger

freie Presse.

Bedenken Sie dieses, wenn Sie eine

Anzeige

welcher Art Sie auch sei, aufzugeben
haben.